

Wie ging der Westen mit der Warnung von V 610 vor dem 13. August 1961 um?

Herbert Kühn

Für Historiker ist die Quellenlage wegen der gesperrten Archive des Bundesnachrichtendienstes (BND), des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und der Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) bezüglich der Aufklärung in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. der DDR nur sehr eingeschränkt erschlossen. Im Kalten Krieg gab es durch die Konfrontation der unterschiedlichen Interessen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion große Spannungen. Die umfassende Spionage als Folge davon ist wissenschaftlich nicht aufgeklärt, denn die Geheimdienste der USA, Großbritanniens und Frankreichs sperrten diesbezüglich ihre Archive. Deshalb ist durch Datenschutz und Quellenschutz die tatsächliche Widerstandstätigkeit wenig erforscht, sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den genannten Staaten.

Auch die gewonnenen Erkenntnisse der umfangreichen technischen Aufklärung unterliegen der Sperre; hier sei nur die US-Abhörstation Berlin-Teufelsberg im britischen Sektor erwähnt. Deshalb war es sehr wichtig, daß das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) dem Verfasser ermöglichte, im Archivbestand des „Ostbüros beim Parteivorstand“ der SPD zu recherchieren.

Wolfgang Buschfort publizierte 1991 seine Dissertation *Das Ostbüro der SPD*. In seiner Einleitung schreibt er: „Das Ostbüro entwickelte sich so zu einer Organisation mit Geheimdienstcharakter, und seine Mitarbeiter waren zunehmend gezwungen, sich im Interesse ihrer Arbeit konspirativer Methoden zu bedienen.“¹

Entstanden Anfang 1946 auf Initiative von Kurt Schumacher in Hannover hatte das Büro zunächst die Aufgabe, Ostflüchtlinge zu betreuen. Denn nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der SBZ flüchteten viele Sozialdemokraten nach einer Verhaftungswelle in die westlichen Besatzungszonen. Die SPD-Mitglieder hatten sich gewei- gert, der Sozialistischen Einheitspartei (SED) beizutreten.

Als Hauptaufgaben sah das Ostbüro die Flüchtlingsbetreuung, Flugschriftenpropaganda, das Berichtswesen und die Sammlung von Informationen. Aus organisatorischen Gründen erfolgte 1946 die Bildung eines „Ostsekretariats“ durch die West-Berliner SPD², in der Folgezeit wurde dann eine Zweigstelle des Ostbüros in West-Berlin aufgebaut. Von dort wurde ein Kuriersystem sowie ein umfangreiches Informantennetz in den Sowjetsektor und in die SBZ organisiert.

In den zwanzig Jahren der Existenz des Ostbüros von 1946 bis 1966 wurden Hunderte seiner Informanten durch sowjetische Geheimdienste und das MfS verhaftet. Teilweise wurden Giftanschläge und Menschenraubaktionen auf Mitarbeiter des Ostbüros verübt. Ein wahres Trommelfeuer an Propaganda wurde durch die SED und die Stasi organisiert, mit dem Ziel das Ostbüro als von Amerikanern und Engländern gesteuerte Geheimdienstagentur zu entlarven. Auf Grund von Verrat, aber auch durch fehlerhafte Anleitung kam es zu Verhaftungswellen. Die West-Berliner *B.Z.* beispielsweise griff am 14.10.1956 mit der Schlagzeile „Macht endlich die Bude zu“ die Ostbüro-Aktivitäten in West-Berlin an. Auslöser war die Verhaftung des Eigentümers eines Lieferwagens, der

1 Buschfort, Wolfgang: *Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise*. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Band 63. München 1991, S. 7.

2 Vgl. ebd., S. 33.

für das MfS mit einer im Wagen eingebauten Kamera Besucher des Büros in der Langerbudenallee fotografiert hatte.³

Die Bedeutung von Buschforts Arbeit besteht im Zeitpunkt ihrer Erarbeitung in den Jahren vor dem Mauerfall am 9. November 1989. Es ist seinem Doktorvater Wilhelm Bleek zu verdanken, „ohne den diese Arbeit nicht zustande gekommen wäre“⁴. Über die langjährige Tätigkeit und Geschichte des Ostbüros gab es bis zum Erscheinen von Buschforts Dissertation keine zusammenhängende wissenschaftliche Publikation. Buschfort selbst sprach seinerzeit von einem blinden „Fleck der Zeitgeschichtsforschung“⁵. Diese einführenden Bemerkungen sollen als Hintergrundinformationen dienen, denn ein wirklicher Widerstandskämpfer war über 50 Jahre nur als V 610 in der Literatur bekannt.

Die Warnung an den Westen

Der Autor erfuhr von diesem Widerstandskämpfer aus dem Buch *Axel Springer – Die Biografie* von Hans-Peter Schwarz, Lehrstuhlinhaber für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte in Bonn.

„Allem Anschein nach sickerten kurz vor dem Mauerbau am 11. August gewisse Informationen über die ‚totale Absperrung‘ West-Berlins durch, von denen wohl auch Springer Wind bekam. Wie der Brandt-Biograf Peter Merseburger erst 2002 zutage förderte, hatte der Regierende Bürgermeister Willy Brandt durch einen Bericht des Ostbüros der SPD vom 4. August erfahren, dass die Absperrung West-Berlins geplant sei und die dafür erforderlichen Einheiten der Nationalen Volksarmee (NVA) bereitstünden. Auch der Leiter der Senatskanzlei wurde davon unterrichtet. 19 Exemplare dieses Berichts des Agenten V 610, seinerzeit ein leitender Mitarbeiter im DDR-Innenministerium, wurden damals im Westen verteilt. Die Geheimdienste der Westmächte kannten ihn, auch Adenauer hat ihn über BND-Chef Reinhard Gehlen erhalten.“⁶

Bei diesem Zitat ist es erforderlich, eine Richtigstellung vorzunehmen. Denn wie die Recherche im AdsD ergab⁷, war V 610 ein gewisser Hans Müller-Beuthow, geboren am 8. Januar 1907 in Berlin. Er war ein nicht-promovierter Mediziner im Gesundheitsministerium der DDR in Ost-Berlin – und somit nicht im Innenministerium tätig.

Ausdrücklich erwähnt Hans-Peter Schwarz die von Merseburger verfaßte Biografie Brandts. Dort heißt es: „Doch dann kommt ihm am 6. oder 7. August – das genaue Datum läßt sich nicht ermitteln – ein Bericht des Ostbüros der SPD vom 4. August auf den Tisch, demzufolge die Absperrung West-Berlins geplant und allein im Bezirk Potsdam 14 000 Mann der NVA dafür bereitgestellt würden. Sämtliche Einheiten der Volkspolizei im Bezirk seien dem Kommando der NVA unterstellt worden, das gleiche gelte für die Kampfgruppen in den Betrieben, für Armee und Polizei sei seit dem 4. August Urlaubssperre angeordnet. Die Mitarbeiter des Ostbüros verfügen über eine Quelle im Gesundheitsministerium der DDR, in dem über organisatorische Vorbereitungen beraten wurde. Ihr zufolge beschränken sich diese Maßnahmen nicht auf die Grenze zwischen West-Berlin und der DDR, sie sind auch für die Grenze zwischen dem Ostsektor und den Westsektoren in Aussicht genommen. Brandt schreibt später verschiedentlich, es habe keinen Dienst gegeben, der die Aktion für den 13. August vorausgesagt habe – aber da irrt er sich, denn er selbst hat diesen Bericht des Ostbüros mit dem grünen Stift

3 Vgl. ebd., S. 119 f.

4 Ebd., S. 16.

5 Ebd., S. 7.

6 Schwarz, Hans-Peter: *Axel Springer. Die Biografie*. Berlin 2008, S. 347.

7 Vgl. Box-Bestand B 01297 01298 SPD-Parteivorstand – Ostbüro.

des obersten Dienstherrn im Rathaus abgezeichnet und ihn dem Chef der Senatskanzlei zugehen lassen.“⁸

Als die *Berliner Morgenpost* am 12. August „Ermächtigungsgesetz für den Terror“ titelt, schlägt auch er Alarm. Im Sommer 1961 war Wahlkampf – im September waren Bundestagswahlen. Am 12. August flüchteten 2 500 Landsleute innerhalb von 24 Stunden nach West-Berlin. Brandt ist zu diesem Zeitpunkt auf dem Deutschlandtreffen der SPD in Nürnberg, das gewissermaßen den Auftakt für den Wahlkampf darstellt. Während erhebt er seine Stimme: „Die Menschen fliehen, weil sie ‚Angst haben, daß die Maschen des Eisernen Vorhanges zementiert werden. Weil sie fürchten, in einem gigantischen Gefängnis eingeschlossen zu werden. Weil sie die brennende Sorge haben, sie könnten vergessen werden, abgeschrieben werden, geopfert werden auf dem Altar der Gleichgültigkeit und verpaßter Chancen‘ [...]. Deshalb schließt er mit einer Warnung, die auch an die drei Westalliierten gerichtet ist, ohne daß er sie beim Namen nennt. Das zeigt freilich nur, welche falsche Hoffnungen er sich in buchstäblich letzter Minute macht: [...] ‚Auch unsere Verbündeten [...] dürfen sich nicht aus der Verantwortung für einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland herausdrängen lassen. Sonst gäbe es eine Vertrauenskrise.‘ Doch diese Krise kommt nur zu bald. Um 5 Uhr morgens am 13. August 1961 – Brandt ist auf dem Weg nach Kiel, um die zweite Phase des Wahlkampfes mit einer Großkundgebung zu eröffnen –, klopft der Schaffner an seine Schlafwagentür. Er überbringt eine Botschaft von Heinrich Albertz: Der Regierende möge aussteigen und die nächste Maschine nach Berlin buchen, denn der Osten sei dabei die Sektorengrenze zu schließen.“⁹

Angeleitet wurde V 610 von dem Mitarbeiter Eberhard Zachmann, Deckname Müller.¹⁰ Im Archivbestand des AdsD¹¹ ist auch ein Treffen der beiden vom 4. August 1961 dokumentiert:

5) Treff mit V 610 (am 4.8.61 mit müller in basis)

Berichtet über die Vorbereitung von Maßnahmen gegen Westberlin.

1. Expl. des Berichtes wurde an LIPSCHITZ weitergegeben.

Anbei Anlage 25.8.61

Joachim Lipschitz war 1961 Senator für Inneres.

Der Agentenführer Müller hat in verschiedenen Berichten¹² Zusammenfassungen von Informationen mit Bezug auf Quelle V 610 schriftlich dokumentiert, aus denen im folgenden zitiert wird:

AKTENVERMERK, vom 19. August 1961

„Betr.: Bericht V 610 über militärische Abriegelung der Sektorengrenze.

Wie THOMAS¹³ bereits bekannt ist, haben wir noch am 4. August abends, als ich den oben erwähnten Bericht erhalten hatte, diesen Senator LIPSCHITZ persönlich überbracht, der ihm dann später wie ich von anderer Seite erfahren habe, an den Leiter des LfV, WICHMANN, weitergegeben hat. Wichmann hat, wie ich wiederum vertraulich erfahren habe, unsere Meldung als lächerlich bezeichnet und hat sie angeblich in den

8 Merseburger, Peter: Willy Brandt. 1913–1991. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 393 f.

9 Ebd., 394 f.

10 Vgl. Buschfort Personenregister S. 141 f.

11 Vgl. Box-Bestand B 01297 01298 SPD-Parteivorstand – Ostbüro.

12 Die zusammenfassenden Berichte von Müller sind nicht durchnummeriert.

13 Leiter des Ostbüros.

Papierkorb geworfen. Am 18. August traf mit Gen. BACKHAUS, Vertreter von SIEGLERSCHMIDT beim Innensenator LIPSCHITZ, zusammen, nachdem dieser die oben erwähnte Information von V 610 zu sprechen und teilte mit, dass LfV diese Meldung überprüft und in vielen Dingen als nicht zutreffend, also als völlig aus der Luft gegriffen, befunden habe. BACKHAUS hatte diese Meldung von WICHMANN allerdings bereits am 8. August erhalten, also 5 Tage vor der Durchführung der militärischen Absperrung in Berlin. Ich habe mich lange mit BACKHAUS unterhalten, daß auch wir sofort einige Ungereimtheiten und Unwahrscheinlichkeiten an dieser Information entdeckt haben und unsere Bedenken gehabt haben, daß aber die Ereignisse vom 13. August bewiesen haben, daß die Information von V 610 in ihrem wesentlichen Teil doch zutreffend war.“¹⁴

Dieser Sachverhalt bedarf keines Kommentars, es muß aber der Quellenzugang des Ostbüros hoch anerkannt werden.

Ergänzend zu dem kurzen Treffbericht gibt es eine ausführliche fünfseitige Information mit dem Titel „Vor Maßnahmen gegen West-Berlin“ von Müller mit Bezug auf Quelle: V 610. Darin wird eine Besprechung im Gesundheitsministerium der DDR geschildert.

Die Besprechung begann um 7 Uhr früh am 4. August unter der Leitung des stellvertretenden Ministers Dr. GEHRING (SED). Sie war völlig überraschend einberufen worden. Als Vertreter des Ministeriums nahmen noch folgende Funktionäre teil: stellvertretender Minister Prof. Friedeberg, Staatssekretär Spengler, Hauptabteilungsleiter Werth, der Leiter der Abteilung Handel und Versorgung im Ministerium, Dr. TRÄNHARDT, sowie weitere Personen. Weiter waren Vertreter der Räte aus der „Sowjetzone“ anwesend, die an West-Berlin grenzen. Die Leiterin des Arbeitsbereiches Katastrophenfälle beim Zentralinstitut für Dokumentation der Akademie der Wissenschaften. „Als Vertreter des Luftschutzes war anwesend: Dr. WEBER vom Ministerium für Gesundheitswesen, zuständig für Luftschutzfragen, und Dr. WEBER, Rat des Bezirkes Potsdam, ebenfalls zuständig für Luftschutzfragen. Weiter waren drei Zivilisten anwesend, die offenbar andere Ministerien vertraten. Unter anderem dürfte auch ein Vertreter des MfS anwesend gewesen sein.

Im Gegensatz zu der bisherigen Praxis wurde diesmal über diese Besprechung eine Anwesenheitsliste geführt, in der sich jeder einzeln eintragen mußte und hinter seinem Namen die Nummer seines Personalausweises und seines Dienstausweises festgehalten wurde. Es wurde genau Kontrolle geführt, daß diese Angaben richtig waren. An der Besprechung nahm keine Schreibkraft teil. Die Besprechung wurde auf einem Tonband aufgenommen.

Zu Beginn der Besprechung wurde den Teilnehmern andeutungsweise der Inhalt der Antwortnote Moskaus an die Westmächte bekannt gegeben. So wurde erklärt, CHRUSCHTSCHOW habe nachdrücklicher denn je seine bisherigen Forderungen bezüglich des Friedensvertrages und der Lösung der Westberlin-Frage vertreten. [...] Moskau werde daher die volle Souveränität auch in der Berlin-Frage an die DDR übertragen. Von diesem Zeitpunkt an seien dann nur Verhandlungen mit der DDR-Regierung möglich. Die DDR-Regierung habe dann zu entscheiden inwieweit die Zugänge zu einer freien entmilitarisierten Stadt Westberlin bestehen bleiben könnten. CHRUSCHTSCHOW – und das ist ein neuer Punkt in den sowjetischen Forderungen – habe in seiner Note auch erklärt, er würde es sehr begrüßen, wenn der Friedensvertrag noch vor den Wahlen in Westdeutschland abgeschlossen würde. Dr. GEHRING erklärte in diesem Zusammenhang interpretierend dazu, daß der Gen. Präsident des Staatsrats, ULBRICHT, ebenfalls einen Abschluß des Friedensvertrages noch vor den Wahlen in

Westdeutschland am 17. September wünsche. [...] Im erweiterten Bezirksbereich Potsdam – so wurde erklärt – seien zusätzlich 14 000 NVA-Angehörige für eine Absperrung Westberlins bereitgestellt worden. Es handelt sich dabei um Teile der 6. Mot. Infanterie-Division der 2. Panzerdivision, sowie um 2 Einheiten Luftlandetrupps in Stärke von 1 000 Mann. Weiter sei die NVA verstärkt worden durch Überlassung von 240 Panzern mit Zwillingsgeschützen. Das Gesamtkommando für die militärischen Maßnahmen zur Abriegelung Berlins liege in der Hand des sowjetischen Generals SUCIK (nur phonetisch) und des deutschen Generaloberst HOFFMANN. Der Stab befinde sich z. Z. in Fürstenwalde, wahrscheinlich aber nur zur Durchführung taktischer Maßnahmen. [...] Nationale Volksarmee, Volkspolizei, Gesundheitswesen, Sicherheitsbehörden, Rüstungsindustrie, Nahrungsmittelindustrie, Großbäckereibetriebe, Wasserwerke, sämtliche Einrichtungen, die der Energieversorgung dienen.¹⁵ Über alle Angehörigen dieser Bereiche – zusammengefasst als sogenannte Einsatzgruppe I – ist mit Wirkung vom 4. August eine sofortige Urlaubssperre verhängt worden.¹⁶

„Sämtliche Einheiten der Deutschen Volkspolizei sind, wie ebenfalls in Ostberlin mitgeteilt wurde, mit sofortiger Wirkung dem Kommando der Nationalen Volksarmee unterstellt worden. Das Gleiche gilt für die Kampfgruppen in den Betrieben.

Weiter wurde im Ministerium für Gesundheitswesen mitgeteilt, es sei Anweisung herausgegeben worden, im Bezirk Potsdam in den nächsten 14 Tagen 20 000 Stück Rindvieh abzuschlachten, um eine Fleischreserve zu bilden.

Von den Besprechungsteilnehmern aus dem Rat des Bezirkes Potsdam wurden Bedenken gegen derartige Maßnahmen erhoben. Es wurde darauf hingewiesen, daß in den letzten drei Monaten im Bezirk Potsdam Verluste im Rindviehbestand von 16 400 Stück zu verzeichnen waren.¹⁷

Weiterer Bericht vom 4. August 1961, betitelt „Auseinandersetzung mit dem stellvertretenden Minister“ von Müller mit Bezug auf Quelle V 610:

Der Leiter der Bezirks-Hygiene-Inspektion Potsdam, Dr. KÖHLER, wohl der Chef von V 610¹⁸ hatte am 2. August 1961 eine schwere Auseinandersetzung mit dem Ministerstellvertreter GEHRING, weil er dessen Argumentation ablehnte, eine Reisesperre nach Westdeutschland damit zu begründen, daß dort in einigen Gebieten Kinderlähmung herrsche. Durch Impfung mit dem SABINSCHEN Impfstoff seien die entsprechenden Jahrgänge der Bevölkerung der Zonen so durchimpft, daß keine akute Ansteckungsgefahr bestehe, wie KÖHLER erklärte. Mit einer solchen Begründung würde sich „die Sowjetzone wissenschaftlich lächerlich machen“¹⁹.

„Der stellv. Minister GEHRING war über diese Stellungnahme von Dr. Köhler so empört, daß er ihn wütend anscrie: ‚Ich verlange von ihnen, daß Sie mir gehorchen, ohne sich zu überlegen, was die einzelnen Maßnahmen bedeuten könnten!‘ [...].

Der stellv. Minister Dr. GEHRING hat wegen dieser Auseinandersetzung mit Dr. KÖHLER das Ministerium für Staatssicherheit eingeschaltet. Am 3.8., also einen Tag nach der Auseinandersetzung mit Dr. GEHRING in Ostberlin erschien vom MfS Oberst

15 Ebd.

16 Vgl. ebd.

17 Ebd.

18 Über die Struktur des Gesundheitsministeriums und die mögliche Unterstellung der Bezirks-Hygiene-Inspektion ist dem Verfasser nichts bekannt.

19 Box-Bestand B01297 01298 SPD-Partei Vorstand – Ostbüro.

BÜRGER, der für den Gesundheitsdienst in der ganzen DDR zuständig ist was Sicherheitsfragen betrifft. Dabei stellte sich heraus, dass GEHRING Anzeige gegen Dr. KÖHLER erstattet hatte.

In einer Aussprache mit Dr. KÖHLER stellte Oberst BÜRGER nochmals die Ansichten von KÖHLER fest, der auch BÜRGER gegenüber angeblich bei seinen Erklärungen blieb. BÜRGER soll in diesem Zusammenhang KÖHLER gegenüber erklärt haben, auch er vertrete die Ansicht, daß man diese Polio-Angelegenheit zu keinem Politikum machen dürfe.²⁰

Es gibt in Bezug auf V 610 und ihr Treffen am 4. August 1961 von Müller insgesamt drei Berichte mit insgesamt zehn Seiten. In dem nachstehenden Bericht „Nachtrag zu den Besprechungen im Gesundheitsministerium in Ostberlin“ vom 5. August 1961, heißt es:

Wie Müller Dr. Köhler zitiert, „Staatssekretär SPENGLER habe ihm im Verlauf weiterer Gespräche zu verstehen gegeben, es sei allgemein der Eindruck vorhanden, daß sich ULBRICHT, der sich z. Z. in Moskau aufhielte, mit seinen Plänen bei CHRUSCHTSCHOW durchsetzen werde. Vor allem gehe es darum, den Friedensvertrag mit der Zone noch vor dem 17. September abzuschließen. Aus ZK-Kreisen sei bekannt geworden, daß dort eine Nachricht aus Moskau vorliege, nach der ULBRICHTS Forderung bezüglich einer Abriegelung der Sektorengrenze in Westberlin auf großes Verständnis gestoßen sei. [...] Der Chef von Quelle teilte noch weiter mit, in Anschlussbesprechungen an die gestrige Konferenz sei erklärt worden, daß in der kommenden Woche, d. h. nach der Rückkehr ULBRICHTS, die für Montag mittag, 7. August, vorgesehen sei, weitere entscheidende Anordnungen zu erwarten seien.“²¹

Abschließend heißt es darin, „der Kreishygieneinspektor des Kreises Luckenwalde ist nach dem Westen geflüchtet. Sein Verschwinden wurde am 5. August früh der Bezirkshygieneinspektion gemeldet. Der Name des Kreishygieneinspektors ist Quelle z. Z. nicht bekannt. Er heißt LEHNE oder LEVE. Der Leiter der Bezirkshygieneinspektion, Dr. KÖHLER, erklärte kommentierend zu diesem Fluchtbericht, da werde man sich im Westen freuen, denn dieser Mann könne allherd berichten, was sich in der Umgebung von Luckenwalde in der letzten Zeit abgespielt habe. Auch der Kreishygieneinspektor von Potsdam Stadt I, BEUTLER, gilt seit dem 5. August früh als republikflüchtig.“²²

Nach dem 13. August 1961 bestand die Schwierigkeit in der Übermittlung von Informationen. Denn bisher traf V 610 – Herr Müller-Beuthow – immer den Mitarbeiter Müller-Zachmann in West-Berlin. Aus dem Bestand des AdsD sind nach 1961 keine übermittelten Informationen dokumentiert.

Am 6. Mai 1965 schreibt die Mitarbeiterin des Ostbüros Schubert, Klarname Charlotte Heyden²³, in einem Aktenvermerk

„Betr.: V 610

Wie Quelle: KO 128 durch Zufall erfuhr, ist V 610 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der VP POTSDAM. In einer Potsdamer Lokal-Zeitung war kürzlich ein Foto von ihm mit obigem Hinweis.

Leider konnte nicht genau festgestellt werden, um welches Blatt es sich handelt, jedenfalls nicht um die ‚Märkische Volkstimme‘, die daraufhin überprüft wurde.“²⁴

20 Ebd.

21 Ebd.

22 Ebd.

23 Vgl. Personenregister in Buschfort: Das Ostbüro der SPD. S. 141.

24 Box-Bestand B 01297 01298 SPD-Parteivorstand – Ostbüro.

Es sei angemerkt, daß Müller-Beuthow in der Kriegsmarine diente – Dienstgrad unbekannt – und zuvor Medizin studiert hatte. In der erwähnten Box der AdsD gibt es eine Meldung vom 19. April 1944, derzufolge er am 15. Februar 1944 bei Bergungsarbeiten bei dem Terrorangriff auf Berlin eine doppelseitige Pneumonie erlitt. Außerdem erkrankte er am 28. März 1944 durch eine Phosphorvergiftung, teilweise erblindete er auch. Sein Gewichtsverlust betrug etwa 30 Pfund in acht Wochen. Unterzeichnet wurde der Bericht vom Chefarzt der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses Neisse O/S. Für die Richtigkeit der Abschrift unterschrieb der K.-Ortsgruppenleiter in Bansin am 2. Oktober 1944.²⁵

Erste Haft in der SBZ/DDR

Am 18. September 1952 war Müller-Beuthow verhaftet worden. Das Bezirksgericht Potsdam verurteilte ihn wegen Verbrechens gegen Artikel 6 der Verfassung der DDR zu einer Zuchtstrafe von acht Jahren. Mit der Gründung der DDR und dem Inkrafttreten der Verfassung am 7. Oktober 1949 war Art. 6 – Boykotthetze – ein „Gummiparagraph“ um Menschen zu kriminalisieren.

Nach vielfältigen Bemühungen seines Anwaltes und Gnadengesuchen seiner Gattin Walheide wurde Müller-Beuthow im August 1957 auf Bewährung freigelassen. In der Haft war er auch schwer erkrankt. Die Korrespondenz um die Revision, die Schreiben seiner Frau Walheide, einer promovierten Medizinerin, waren wohl dem Ostbüro von Müller-Beuthow irgendwann übergeben worden. In West-Berlin hatte er eine Entschädigung für die politische Haft erhalten. Das Geld lag auf einem Konto in West-Berlin. Dies geht aus den Unterlagen im AdsD hervor. Nach dem Mauerbau erhielt er auf Umwegen Pakete, die von diesem Geld bezahlt worden waren. Aus Unterlagen des AdsD ergibt sich, daß nach einigen Schwierigkeiten eine Person gefunden wurde, die den Paketversand aus West-Berlin übernahm.

Informationstätigkeit und zweite Haft in der DDR

Der Spiegel berichtete 1985 über Hans-Müller-Beuthow: „Nach seiner Pensionierung 1972 besuchte er oft seine Schwestern in West-Berlin und ging dabei auch mal bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte am Fehrbelliner Platz vorbei: Ob er im Westen mit einer Rente rechnen könne? Der Sachbearbeiter bat ihn, im gegenüberliegenden Haus Fehrbelliner Platz 2 vorzusprechen; da gebe es eine Stelle für die Regulierung solcher Fälle. Das Büro entpuppte sich als Dienststelle des Verfassungsschutzes. Ein Herr ‚Lindhoff‘ verwickelte ihn erst in politische Gespräche und schlug ihm dann eine Art freie Mitarbeit vor.“²⁶

„Hans Müller-Beuthow ist ein kluger Mann. Er hat Medizin studiert, nach Krieg und russischer Gefangenschaft avancierte er, obwohl nicht SED-Mitglied, zum ‚Bereichsleiter für Dokumentation und Information der Medizin und des Ernährungswesens‘ an der Akademie der Wissenschaften. Später arbeitete er im DDR-Ministerium für Gesundheitswesen.“²⁷

„Denn der einstige DDR-Bürger, heute 78, hat acht Jahre unbestritten für den BfV spioniert. 1983 flog die Agententätigkeit auf, weil nach Müller-Beuthows Überzeugung, in der Kölner Zentrale ‚ein hochrangiger Spion sitzen muß‘. ‚Vielleicht‘ war es der Ex-

25 Vgl. ebd.

26 Der Verfassungsschutz hat mein Leben verpfuscht. Wie die DDR-Staatssicherheit einen West-Agenten enttarnte. In: DER SPIEGEL 46/1985, S. 80.

27 Ebd.

Chef der Spionageabwehr, Hansjoachim Tiedge, der sich im August in die DDR absetzte, vielleicht waren es ‚noch andere‘.²⁸

Mit der Analyse ‚noch andere‘ waren Müller-Beuthow und der *Spiegel*-Journalist auf der richtigen Spur, denn Markus Wolf nutzte den Übertritt von Tiedge bekanntlich um zuzuschlagen. Denn mit dem Selbstanbieter Klaus Kuron, Oberregierungsrat, hatte Wolf die Vereinbarung getroffen, nicht gegen Agenten oder Doppelagenten strafrechtlich vorzugehen, um den Verfassungsschutz nicht auf seine Fährte kommen zu lassen.²⁹

Kuron konnte erst Anfang der 1990er Jahre enttarnt werden. Der Verräter ließ sich mit rund 350 000 DM entlohnen.

„Der West-Spion in der DDR wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, im Dezember 1984 kaufte ihn die Bundesregierung frei.“³⁰ Schwer krank, Hinterwand-Herzinfarkt, zudem noch während der Behandlung eine schwere Leberschwellung, ein fast totaler Magenverschluß und eine Entzündung der Bauchspeicheldrüse kamen hinzu. Seine Partner im Kölner Bundesamt übernahmen wenigstens einen Teil Verantwortung. Sie richteten ihm eine Wohnung in Lüneburg ein.³¹

Denn bei seiner Festnahme konnte das MfS ihm fast alles nachweisen, lückenlos 221 Westreisen. Sie konnten ihm in vielen Fällen sogar sagen, mit welcher Maschine er wohin geflogen war. Das belegten sie mit Fotokopien der Buchungsunterlagen, mitunter sogar mit den kompletten Passagierlisten.³² Die Flugtickets waren mit seinem Klarnamen gebucht worden. Ein unglaublicher Dilettantismus. „Im Laufe der Verhöre legten sie eine Serie von Dutzend Photos vor: Müller-Beuthow mit seinem Agentenführer Lindhoff im West-Berliner Café Kranzler, beim Treffen auf dem Kölner Flughafen, vor dem Hotel Sheraton in München. Sogar den Ausflug mit der ganzen Familie Lindhoff zur Bonner Gartenschau hatte die Stasi abgelichtet. Schließlich präsentierten ihm die Vernehmer Kopien jener Berichte, die er unter dem Decknamen ‚Werden‘ nach Köln geschickt oder Lindhoff übergeben hatte.“³³

„Allerdings, sagt der Freigekaufte, wollten die Verfassungsschützer von den Erfahrungen, die er bei deren östlichen Kollegen sammeln mußte, nichts wissen.“³⁴

Ende Mai 1985 schrieb Müller-Beuthow „inzwischen halbwegs genesen, an den Parlamentarischen Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU). Er habe schon während seiner Agentenzeit ‚hoch besorgniserregende Beobachtungen an Lindhoff zu Ausdruck gebracht‘ [...], aber der habe ihn ‚immer wieder damit vertröstet, daß alles überwacht würde und nichts passieren könne‘.“³⁵

„Doch nicht einmal die Vermutung des Briefschreibers, ‚daß dort bei Ihnen ein oder mehrere Maulwürfe fleißig graben‘, machte Spranger munter. Der Staatssekretär beließ es bei einer vagen schriftlichen Ankündigung, ‚so bald als möglich auf die Angelegenheit zurück zu kommen‘.“³⁶

28 Ebd.

29 Vgl. Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. Düsseldorf/München, 1997, S. 310.

30 Der Spiegel, Nr. 46/1985, S. 80.

31 Vgl. ebd., S. 85.

32 Vgl. ebd., S. 84.

33 Ebd., S.84 f.

34 Ebd., S. 85.

35 Ebd., S. 88.

36 Ebd.

In diesem Zusammenhang muß das Datum Mai 1985 klar benannt werden, denn wenige Monate später, nämlich im August des Jahres, erfolgte der Übertritt von Tiedge in die DDR und die Katastrophe für den Verfassungsschutz und seine Agenten dort.

„So werden demnächst vermutlich die Gerichte entscheiden müssen, ob das BfV seiner Sorgfaltspflicht nachgekommen ist.“³⁷ Dem Verfasser ist nichts darüber bekannt. Müller-Beuthow ist wahrscheinlich längst verstorben.

Die *Spiegel*-Analyse bezeichnet ihn „aus Idealismus und stets ohne Bezahlung“³⁸ handelnd. Er lieferte dem Westen sehr wichtige Informationen, ohne daß dies hier umfassend dargestellt wird. Schon „1980 meldete er die ersten SS-20-Raketenstellungen in der Gegend von Zittau, in den Belziger Wäldern und südöstlich von Greifswald an den Westen.“³⁹

Bei der Recherche im AdsD erhielt der Verfasser eine Artikelkopie des *Spiegels*. Mein Dank geht hiermit an Frau Dr. Kruke, AdsD-Leiterin in der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn sowie an die kompetente Archivarin Frau Kröger.

Als Schlußfolgerung bleibt zu sagen – Chruschtschow und Kennedy hatten sich in Wien im Sommer 1961 auf eine Akzeptanz der Interessenrespektierung der Machtbereiche geeinigt. Deshalb waren die Informationen von V 610 – Müller-Beuthow, dem Informanten des Ostbüros – nicht Anlaß zum Handeln der Westmächte. Ob die Informativität Widerstand und die Motive Patriotismus waren, sollte die historische Forschung bewerten.

Buschfort kann nur zugestimmt werden. „Nach der friedlichen Revolution in der DDR beschloß der SPD-Parteivorstand jedoch, die Unterlagen zusammenzuführen und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich zu machen.“⁴⁰

Denn in den 1970er Jahren arbeitete ein „Gesamtdeutsches Büro“ beim Parteivorstand der SPD mit Außenstelle Berlin beim Landesverband Berlin der SPD. Der Verfasser lernte 1975 Frau Spengler kennen, ihr Klarname ist Käthe Friedrich, frühere Mitarbeiterin im Ostbüro, ehemals politisch inhaftiert in der Sowjetunion. Im Jubiläumsjahr des Mauerfalls ist nun mit V 610 eine Person der Zeitgeschichte, Hans Müller-Beuthow, dem Vergessen entrissen worden.

37 Ebd.

38 Ebd., S. 81.

39 Ebd.

40 Buschfort: Das Ostbüro der SPD , S. 123.